



Saudi-Arabien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
33 Millionen	Muslime	95 %
	Christen	4 %
	Sonstige	1 %

Saudi-Arabien: absolute Monarchie

Das Königreich Saudi-Arabien ist eins der letzten Königreiche dieser Erde mit einem absoluten Monarchen an der Spitze. Der König allein regiert das Land. Eine Gewaltenteilung gibt es nicht. Der König ist zugleich Staatsoberhaupt und als Ministerpräsident Leiter der Regierung. Zugleich besitzt er uneingeschränkte Vollmacht über Polizei, Militär und Sicherheitsdienste. All dies ist in der Verfassung des Landes so festgelegt. Politische Parteien gibt es nicht. Der Schura-Rat, eine beratende Versammlung, die den König in seiner Regierungsarbeit unterstützt, hat nur wenige Kompetenzen.

Im Januar 2015 ist der König des Landes, Abdullah bin Abdulasis Al Saud, im Alter von 91 Jahren verstorben. Er war der sechste König seit Gründung der saudischen Monarchie im Jahr 1932. Der neue König ist Salman bin Abdulasis Al Saud. Er ist ein Halbbruder des verstorbenen Königs und war bei seiner Thronbesteigung 79 Jahre alt. Da sein Gesundheitszustand angeschlagen ist, muss man davon ausgehen, dass er nur ein Übergangsmonarch ist. Im April 2015 ernannte König Salman seinen Neffen, Prinz Mohammed bin Naif bin Abdulasis Al Saud, zum Kronprinzen. Später änderte er diese Entscheidung und ernannte im Juni 2017 seinen Sohn Mohammed bin Salman Al Saud zum Kronprinzen und designierten Thronfolger. Dieser ist zugleich stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister und verfügt damit über viel Einfluss und Macht in Saudi-Arabien. De facto bestimmt er inzwischen die Leitlinien der Politik. Sein Vater, König Salman, hat zunehmend eine rein repräsentative Funktion.

Reformprogramm „Vision 2030“

Der junge Kronprinz (Jahrgang 1985) ist eine treibende Kraft hinter dem ehrgeizigen Reformprogramm „Vision 2030“. Zentrales Ziel ist, das Land aus der Abhängigkeit vom Erdöl zu befreien und ganz neue Wirtschaftsstruktu-

ren zu schaffen, etwa im Bereich alternativer Energiequellen oder im Tourismus. Der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung soll deutlich erhöht und die Jugendarbeitslosigkeit, die bei 30 Prozent liegt, spürbar reduziert werden. Das Land soll für ausländische Investoren attraktiver werden und sich zu einer Drehscheibe des internationalen Handels entwickeln.

Das Reformprogramm „Vision 2030“ betrifft aber nicht nur die Wirtschaft, sondern bringt auch Veränderungen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich mit sich, etwa bei den Frauenrechten. 2017 wurde beschlossen, dass das bislang geltende Auto-Fahrverbot für Frauen im Juni 2018 aufgehoben wird. Seit Januar 2018 dürfen Frauen Sportstadien besuchen. Der Staat fördert den Breiten- und Schulsport, vor allem für Mädchen und Frauen. Auch im Kulturbereich gibt es Verbesserungen. Seit 2017 sind öffentliche Konzerte wieder erlaubt und das Verbot von öffentlichen Kinos wurde aufgehoben.

Wiege des Islams

Der König von Saudi-Arabien trägt über sein eigenes Land hinaus eine besondere Verantwortung in der islamischen Welt. Denn die zwei heiligsten Stätten des Islams, Mekka und Medina, liegen in Saudi-Arabien. Das zentrale Heiligtum des Islams, die Kaaba, liegt in der Stadt Mekka, wo Mohammed, der Gründer des Islams, geboren wurde. Mekka ist die heiligste Stadt für die Muslime. Danach kommt Medina, wo Mohammed mit seinen Gefährten 622 die erste muslimische Gemeinschaft gegründet hat und wo er auch begraben ist.

Vor diesem Hintergrund versteht sich der König Saudi-Arabiens als „Hüter der heiligen Stätten“ und oberster Wächter über den Islam, als Wächter über die wahre und reine Lehre des Islams.

Islam ist Staatsreligion

Der Islam ist Staatsreligion in Saudi-Arabien. Der Koran und die Scharia, das islamische Recht, bilden die Grundlage des Staates. Dabei wird vom Staat und von den islamischen Geistlichen und Gelehrten eine sehr strenge und puritanische Auslegung des Islams praktiziert und gefördert, der Wahhabismus.

Die öffentliche Ausübung jeder anderen Religion außer dem Islam ist in Saudi-Arabien verboten. Gotteshäuser und Gebetsstätten für andere Religionen gibt es im ganzen Land nicht. Dabei leben und arbeiten in Saudi-Arabien mehrere Millionen Gastarbeiter, vor allem aus dem asiatischen und afrikanischen Raum, viele von ihnen regulär, viele andere aber auch unregistriert. Es gibt Schätzungen, nach denen die Zahl dieser Arbeitsmigranten bei über zehn Millionen liegen könnte. Mindestens ein oder zwei Millionen dieser Menschen gehören einer nicht-muslimischen Religionsgemeinschaft an, haben aber keinerlei Möglichkeit, ihre Religion im öffentlichen Raum zu praktizieren. Religionsfreiheit gibt es für sie nicht, dieses grundlegende Menschenrecht wird ihnen vorenthalten.

Keine Religionsfreiheit für Nichtmuslime

In den letzten Jahren haben saudische Funktionäre mehrfach erklärt, dass Nichtmuslime im privaten Rahmen Gottesdienste feiern dürfen. Die genaue Bedeutung von „privat“ bleibt dabei vage. Die saudisch-arabische Regierung erklärte, solange Treffen von Nichtmuslimen in kleinen Gruppen und in Privaträumen abgehalten würden, würden die Sicherheitskräfte nicht einschreiten. Diese offizielle Haltung wurde in der Vergangenheit aber häufiger verletzt, denn es gab immer wieder Fälle, in denen die Religionspolizei bei solchen Gebetstreffen einschritt und die Versammlungen auflöste. Im April 2016 wurden die Rechte und Befugnisse dieser Religionspolizei, deren offizielle Bezeichnung „Behörde zur Förderung der Tugend und Bekämpfung des Lasters“ lautet, von staatlicher Seite eingeschränkt. Sie darf nun selbst keine Verhaftungen mehr vornehmen, sondern lediglich verdächtige Fälle der Polizei melden. Seit dieser Änderung sind die Berichte über Schikanen deutlich zurückgegangen.

Kritische Lage der Menschenrechte

Nicht nur im Bereich der Religionsfreiheit gibt es schwere Defizite, sondern auch bei anderen Menschenrechten. In Saudi-Arabien wird für bestimmte Gesetzesverstöße bis heute die Todesstrafe verhängt und vollstreckt. Das Land hat eine der höchsten Hinrichtungszahlen weltweit. Deutlich mehr als einhundert Menschen werden in Saudi-Arabien jedes Jahr hingerichtet, die meisten durch Enthauptung. Auch Körperstrafen wie zum Beispiel Stock-

hiebe werden regelmäßig vollzogen. Die schiitische Minderheit im Osten des Landes leidet unter Diskriminierung. Ausländische Arbeitnehmer können ihre Rechte häufig nicht durchsetzen. Einschränkungen gibt es bei der Meinungsfreiheit. Dissidenten und Oppositionelle werden teilweise unterdrückt. Der berühmteste Fall ist der des Internet-Aktivisten Raif Badawi, der eine Website über Politik und Religion in Saudi-Arabien aufgebaut hatte, ein Online-Forum zum kritischen Meinungsaustausch. Nachdem die staatlichen Behörden zunächst mit Repressalien reagiert hatten, wurde er schließlich verhaftet und 2012 wegen „Beleidigung des Islams“ zu zehn Jahren Gefängnis, 1000 Peitschenhieben und einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Kirchenbau verboten

Im März 2012 rief ein islamisches Rechtsgutachten (Fatwa) des Großmuftis von Saudi-Arabien internationale Kritik hervor. Großmufti Scheich Abdul Aziz bin Abdullah hatte auf eine Anfrage von kuwaitischen Abgeordneten erklärt, es sei verboten, weitere Kirchen auf der Arabischen Halbinsel, also auch in den Golfstaaten, zu bauen. Darüber hinaus forderte der Rechtsgelehrte mit seiner Fatwa dazu auf, sämtliche Kirchen auf der Arabischen Halbinsel zu zerstören. Der hochrangige Rechtsgelehrte begründete diese Weisung, die nicht im Koran zu finden ist, mit einem Ausspruch Mohammeds (Hadith).

Die Österreichische Bischofskonferenz hat diese Fatwa scharf kritisiert. Christoph Kardinal Schönborn, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, sagte vor Journalisten: „Diese Fatwa ist für uns Bischöfe völlig inakzeptabel und auch nicht nachvollziehbar. Wir verlangen eine offizielle Erklärung und eine eindeutige Bejahung von Kirchen und Christen in dieser Region.“ Weiter betonte er: „So wie die katholische Kirche in Österreich und überall auf der Welt für die Religionsfreiheit eintritt, erwartet sie umgekehrt, dass auch auf der Arabischen Halbinsel das Recht auf Religionsfreiheit beachtet und respektiert wird. Wir Bischöfe erwarten von den religiösen und politischen Führungskräften der muslimischen Welt eine klare Zurückweisung der Fatwa des saudischen Großmuftis.“

Auch der damalige Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, brachte „Besorgnis und großes Befremden“ zum Ausdruck. Der Großmufti lasse „jeden Respekt für die Religionsfreiheit und das fried-

liche Zusammenleben der Religionen vermissen“. Auch Zollitsch forderte die hochrangigen politischen und religiösen Führer in der muslimischen Welt auf, den Erlass des saudi-arabischen Großmuftis eindeutig zurückzuweisen. Für die katholische Kirche in Deutschland gelte weiterhin: „Wir treten mit Entschiedenheit für die Religionsfreiheit aller Menschen in unserem Land ein. Und mit nicht geringerem Nachdruck fordern wir die gleichen Rechte für Christen in jenen Ländern, in denen die Muslime die Mehrheit stellen.“

Islamische Verhaltensweisen auch für Nichtmuslime

Zum Beginn des Fastenmonats Ramadan veröffentlichte das saudi-arabische Innenministerium im Juli 2012 in der Hauptstadt Riad eine Vorschrift, in der Nichtmuslime aufgefordert werden, während des Fastenmonats tagsüber nicht in der Öffentlichkeit zu trinken, zu essen oder zu rauchen. Die nichtmuslimische Bevölkerung solle „Respekt für die Gefühle der Muslime und ihre religiösen Riten zeigen“. Personen, die sich nicht daran hielten, riskierten die berufliche Kündigung und Ausweisung aus dem Staat.

Schiiten: Bürger zweiter Klasse

Die rund drei Millionen Schiiten stellen gut zehn Prozent der Gesamtbevölkerung von Saudi-Arabien. Die meisten von ihnen leben im Osten des Landes, am Persischen Golf, wo sich auch die großen Ölvorkommen befinden. Eine weitere Gruppe lebt im Südwesten, an der Grenze zum Jemen.

Schiiten werden in Saudi-Arabien als Bürger zweiter Klasse behandelt. In der saudischen Regierung gibt es keine schiitischen Minister, und nur fünf der 150 Mitglieder der Schura (Konsultativrat) gehören dieser Glaubensgemeinschaft an. Nur sehr wenige Schiiten bekleiden wichtige Ämter in den staatlichen Institutionen oder in den Sicherheitsdiensten. In bestimmten Berufen dürfen Schiiten nur mit Einschränkungen tätig werden. Obwohl in jüngsten Jahren ein geringer Fortschritt verzeichnet wurde, wie die Erlaubnis, in der Stadt Katif das für Schiiten bedeutsame Ashura-Fest zu feiern, bleibt das Feiern schiitischer Feste in anderen Gebieten verboten.

Ein Problem stellt auch die religiöse Erziehung in den Schulen dar. Im Religionsunterricht wird nur der sunnitische Islam gelehrt, und zwar in der

wahhabitischen Auslegung. Schiitischer Religionsunterricht ist dagegen in den Schulen nicht vorgesehen.

Die saudische Regierung hat in der Vergangenheit die Schließung mehrerer schiitischer Versammlungshallen (Hussainia) veranlasst. Schiitische Forderungen, diese wieder zu eröffnen, blieben bislang erfolglos.

Nach strenger sunnitischer Lehre werden die Schiiten als häretische Sekte und als Ungläubige angesehen. In Gerichtsverfahren werden Schiiten daher oft strenger behandelt als Sunniten.

Wegen der verbreiteten Diskriminierung und Unterdrückung der schiitischen Minderheit ist das Verhältnis zwischen Sunniten und Schiiten in Saudi-Arabien von Spannungen geprägt.

Religionswechsel streng verboten

Ein Religionswechsel vom Islam hin zu einer anderen Religion wird als „Abfall vom Glauben“ (Apostasie) angesehen und ist gesetzlich verboten. Er wird gemäß traditioneller islamischer Lehre mit dem Tod bestraft, es sei denn, der Konvertit widerruft seinen Religionswechsel und kehrt zum Islam zurück.

Lage der Christen

Die geschätzt rund 1,5 Millionen Christen, die in Saudi-Arabien leben, sind fast ausschließlich Gastarbeiter. Viele von ihnen stammen aus Indien oder von den Philippinen. Oft leiden sie unter schwierigen Arbeitsbedingungen und werden schlecht bezahlt. Christliche Missionierung ist in Saudi-Arabien streng verboten, wie überhaupt jede öffentliche Bekundung des christlichen Glaubens. Werden christliche Missionare aufgegriffen, droht ihnen die Abschiebung oder gar die Inhaftierung.

Die katholische Kirche in Saudi-Arabien

Saudi-Arabien gehört zusammen mit den Ländern Bahrain, Katar und Kuwait zum römisch-katholischen Apostolischen Vikariat Nördliches Arabien.

Apostolischer Vikar ist Bischof Camillo Ballin MCCJ aus Italien. Sein Dienstsitz ist in Awali, 20 km südlich von Manama, der Hauptstadt des Königreichs Bahrain.

In ganz Saudi-Arabien gibt es keine Kirchen und Pfarreien. Die katholische Kirche in Saudi-Arabien respektiert nach eigenen Angaben den besonderen Charakter des Landes als Hüter der heiligen Stätten des Islams. Das katholische kirchliche Leben spielt sich dementsprechend in einem sehr engen Rahmen ab. Diplomatische Beziehungen zwischen dem Vatikan und Saudi-Arabien gibt es nicht.

Vorfälle und wichtige Entwicklungen

August 2016: In einem Interview mit Radio Vatikan äußerte sich der Apostolische Vikar für das Nördliche Arabien, Bischof Camillo Ballin, enttäuscht über die unzureichende Reaktion moderater Muslime auf das Problem des weltweiten islamistischen Terrors. Es sei schwer, der Welt zu vermitteln, dass Gewalt und Islam nicht dasselbe sei, wenn die „moderaten“ Muslime das nicht selber sagten, so der Bischof. „Sie müssen ernsthaft Position beziehen, radikal, deutlich, mit Interviews in Zeitungen und auch in der Politik, um selber zu sagen, dass das nicht der wahre Islam ist. Aber bisher ist das noch nicht geschehen und mir scheint, dass es auch nicht geschehen wird“, fügt er desillusioniert an.

August 2016: Vom 25. bis 27. August 2016 trafen sich in Grosny, der Hauptstadt von Tschetschenien, rund 200 muslimische Geistliche und Gelehrte aus dem Nahen Osten und aus Europa, um über die richtige Interpretation des Islams zu beraten. Darunter waren auch sehr hochrangige Persönlichkeiten wie zum Beispiel der Leiter der al-Azhar-Universität in Kairo, Großscheich Ahmad Mohammad al-Tayyeb. Wie der Nachrichtendienst Asia News berichtete, wurde am Ende der Konferenz eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Darin werde gesagt, dass der Wahhabismus nicht zum sunnitischen Islam gehöre. Der Wahhabismus sei vielmehr eine Verzerrung und Verfälschung des Islams und führe zu Extremismus, zu Gewalt und Terrorismus. Angesichts der Entwicklungen in der islamischen Welt sei ein „radikaler Wandel“ erforderlich, um die „wahre Form des sunnitischen Islams wiederherzustellen“.

April 2017: Im Vatikan traf der Generalsekretär des Wiener König-Abdullah-Dialogzentrums (KAICIID), Faisal Bin Muaammar, mit dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Kardinal Jean-Louis Tauran, zu Gesprächen zusammen. Das König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog (King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue – KAICIID) war im November 2012 auf eine Initiative des damaligen Königs Abdullah bin Abdulasis Al-Saud in Wien eröffnet worden. Es ist gedacht als weltweit aktives Dialogforum für die Weltreligionen. Die Einrichtung basiert auf einem völkerrechtlichen Abkommen zwischen Spanien, Österreich und Saudi-Arabien und wird von Saudi-Arabien finanziert. Geleitet wird das Dialogzentrum von einem neunköpfigen Aufsichtsrat, mit Vertretern der fünf Weltreligionen Christentum, Islam, Judentum, Buddhismus und Hinduismus. Das KAICIID bezeichnet sich selbst als „die einzige staatsübergreifende Organisation, deren Direktorium aus Vertretern der großen Weltreligionen besteht“. Auch der Heilige Stuhl ist an diesem Dialogprojekt beteiligt: Er ist im Aufsichtsrat vertreten durch den Sekretär des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Bischof Miguel Angel Ayuso Guixot. Der Comboni-Pater und Islamwissenschaftler hat in dem Gremium Beobachterstatus. Vor der Eröffnung hatte der damalige Vatikansprecher Federico Lombardi erklärt, das König-Abdullah-Zentrum sei eine unabhängige, internationale Institution und ein Ort des Dialogs. Es sei gut, dass der Vatikan dort vertreten sei. Der Vatikan werde sich in dem Zentrum für die „fundamentalen Rechte“ der christlichen Minderheiten in islamischen Ländern einsetzen. Ziel sei eine Förderung der „Religionsfreiheit in ihren verschiedenen Ausdrucksformen“. Das Zentrum biete dafür einen „geeigneten Raum“.

November 2017: Zu einem außergewöhnlichen und historischen Treffen kam es am 14. November 2017 in der saudischen Hauptstadt Riad. Der saudisch-arabische König Salman bin Abdulasis sowie sein Sohn und Thronfolger Mohammad bin Salman empfingen dort das Oberhaupt der maronitischen Kirche im Libanon, Kardinal Bechara Boutros Rai. Einen derartigen Besuch eines hochrangigen Kirchenvertreeters hatte es in Saudi-Arabien seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Der jetzige Besuch gilt als ein weiteres Zeichen der vorsichtigen Öffnung Saudi-Arabiens. Wie Radio Vatikan berichtete, ging es in den Gesprächen vor allem um religiöse Tole-

ranz und Maßnahmen gegen religiösen Extremismus. Der Bischofsvikar für Süd-Arabien, Bischof Camillo Ballin, hatte im Vorfeld die Hoffnung geäußert, dieser Besuch könne „der Beginn einer neuen Haltung von Saudi-Arabien gegenüber anderen Religionen sein“. Während des Empfangs trugen Kardinal Rai und einige Geistliche, die ihn begleiteten, gut sichtbar ihre Brustkreuze. Dabei ist in Saudi-Arabien das Tragen nicht-islamischer Symbole in der Öffentlichkeit grundsätzlich verboten. Gegenüber Radio Vatikan sagte Patriarch Rai: „Ich denke, dass unser Treffen und der freundschaftliche Empfang in Riad eine Tür geöffnet haben, um in Fragen der Religionsfreiheit, des Dialoges und des Respektes weiterzukommen.“ Nach dem Besuch in Riad flog Patriarch Rai nach Rom, um dem vatikanischen Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin über die Begegnung zu berichten. Im Anschluss an das Treffen in Riad berichtete die Vatikan-Nachrichtenagentur Fides, dass in Saudi-Arabien über den Ruinen einer antiken Kirche möglicherweise ein internationales Zentrum für den interreligiösen Dialog errichtet werden könnte. Offizielle Bestätigungen gab es dafür aber nicht.

Januar 2018: Die Vereinten Nationen meldeten eine neue Festnahmewelle gegen Menschenrechtler in Saudi-Arabien. Seit September 2017 seien mehr als 60 prominente Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler, Aktivistinnen oder religiöse Personen festgenommen worden. Darin zeige sich ein „besorgniserregendes Muster verbreiteter und systematischer willkürlicher Verhaftungen“ in Saudi-Arabien. Die UN forderten die saudische Regierung zum wiederholten Male auf, „die Repression zu beenden“ und alle Betroffenen freizulassen. Diese hätten nur friedlich von ihrem „Recht auf Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Glaubensfreiheit“ Gebrauch gemacht.

März 2018: Erst die enormen Einnahmen aus dem Geschäft mit Erdöl hätten die weltweite Verbreitung und Förderung des Wahhabismus, der in Saudi-Arabien entstandenen, sehr strengen Ausprägung des Islams, möglich gemacht. Das sagte Sebastian Sons, Islamwissenschaftler und Saudi-Arabien-Experte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA). Der Wahhabismus, benannt nach dem Prediger Muhammad ibn Abd al-Wahhab (1702/03-1792), sei eigentlich „eine Randerscheinung“ aus der Region Nadschd gewesen. Allerdings habe sich das heute regierende

Haus Saud sehr früh mit al-Wahhab und seinen Gefolgsleuten verbündet. „Bereits in den 1960er Jahren wurden mit saudischem Geld panislamische Stiftungen wie die Muslim World League gegründet, mit denen Saudi-Arabien zugleich seine Vorbildfunktion und Führungsrolle in der islamischen Welt unterstreichen wollte“, erläuterte Söns. Allerdings gebe es auch den „zweifellos negativen Aspekt“, dass Saudi-Arabien in die Ausbreitung von Dschihadismus und islamistischem Terror involviert sei. Einen Gegenakzent setze die saudische Staatsführung mit Maßnahmen der Öffentlichkeits- und religiösen Kulturarbeit. Ein Beispiel sei das König-Abdullah-Dialogzentrum in Wien. Mit solchen und anderen Initiativen wolle Saudi-Arabien vermitteln, „dass der Wahhabismus für den Dialog der Religionen aufgeschlossen ist und sich in Toleranz übt“, sagte Söns. „Vor der eigenen Haustür zählt Toleranz allerdings nicht viel. Das zeigt schon ein Blick auf die Unterdrückung der Schiiten im mehrheitlich sunnitischen Saudi-Arabien.“

Quellen

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Arab News*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)*
- *Bild am Sonntag*
- *Deutsche Welle (DW): www.dw.com*
- *Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)*
- *Human Rights Watch*
- *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Mideast Christian News*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *Union of Catholic Asian News (UCAN)*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*